

Web 2.0 und Bürgerbeteiligung: Beginnt mit der „Intelligenz der Vielen“ eine neue Phase der kommunalen Partizipation?

Hans-Jürgen Bucher
{bucher}@uni-trier.de

Abstract – Mit dem sog. Web 2.0 oder Mitmach-Internet sind nicht nur neue Möglichkeiten entstanden, Texte, Fotos, Videos, Musik zu tauschen, oder virtuelle Freundschaften und Bekanntschaften zu pflegen, sondern auch neue Formen der politischen Partizipation. Dass damit automatisch die Weisheit der Vielen in die Politik einzieht, wird von den Internet-Optimisten vertreten. Die Pessimisten dagegen verweisen auf eine neue Oberflächlichkeit und die Gefahr des Populismus. Der Beitrag lotet – auch anhand konkreter Beispiele – das partizipatorische Potential des Web 2.0 für die Kommunalpolitik aus.

Keywords – Bürgerbeteiligung, Partizipation, Web 2.0, Netzwerke, Kommunalpolitik

English Abstract – The so called Web 2.0 or interactive Internet enables people not only to share textfiles, photos, video files and music, or to become virtual friends to each other, but it also opens the possibility of political participation. Internet optimists judge this as a way of integrating the wisdom of the crowd into politics, whereas the pessimists fear mere populism and shallowness. This paper reviews the participatory potentials of the Web 2.0 for political affairs on a regional and local level.

„Viele Köche verderben den Brei“ heißt ein beliebtes deutsches Sprichwort, das immer dann gern zitiert wird, wenn schnelle Entscheidungen von wenigen gegenüber Partizipationsansprüchen von vielen gerechtfertigt werden müssen. Was aber, wenn nicht ein simpler Brei, sondern ein mehrgängiges Menü gekocht werden soll? Wäre es in diesem Fall nicht produktiver, viele Köche mit unterschiedlichen Kompetenzen in der Küche zu haben?

Mit dem Web 2.0, auch das Mitmachinternet genannt, ist eine kommunikative Infrastruktur entstanden, die es möglich macht, eine unbegrenzte Zahl von Bürgern an Entscheidungsprozessen zu beteiligen: Ohne räumliche und zeitliche Bindung, ohne die Verpflichtung, Versammlungstermine wahrzunehmen, können vom eigenen Rechner aus eigene Meinungen und Voten abgegeben werden. Einzige Voraussetzung dafür ist, dass die Vernetzungs- und Beteiligungspotenziale des „neuen“

Internet Web 2.0 bereitgestellt werden. Ob das mehr Transparenz und Demokratie schafft oder zu Überforderung, Informationschaos und manipulativem Lobbyismus, führt ist eine offene Frage, mit der sich der folgende Beitrag beschäftigt.

I. DUMMHEIT DER MASSE ODER WEISHEIT DER VIELEN?

Der englischen Mathematiker Francis Galton machte im Jahre 1911 die Probe aufs Exempel. Dazu besuchte er einen Viehmarkt, auf dem eine Art Lotterie stattfand. Zu schätzen war das Schlachtgewicht eines Ochsen. Jeder konnte ein Los kaufen, darauf den Namen und das geschätzte Gewicht vermerken. Den Siegpriis sollte derjenige erhalten, dessen Schätzung dem realen Gewicht am nächsten kam. Galton sammelte nach dem Wettbewerb die rund 800 Lose ein, um den Schätzdurchschnitt zu ermitteln. Er ging von der Annahme aus, dass dieses Durchschnittsgewicht weit entfernt vom richtigen Ergebnis liegen würde. Seine Überraschung war groß, als das Gruppenurteil nur um ein englisches Pfund neben dem Realgewicht lag – viel näher, als der beste Schätzwerte aus den anwesenden Schlachtern und Metzgern dem Wert gekommen war. Galton zog daraus den Schluss, dass das Resultat „ein wenig mehr für die Vertrauenswürdigkeit eines demokratischen Urteils zu sprechen scheint, als man hätte erwarten mögen“ [Surowiecki 2007:10]. Auch der Saal- oder Publikumsjoker bei dem weltweiten Fernsehformat „Wer wird Millionär“ erzielt mit Abstand die besten Resultate: während der Telefon-Joker – also das Urteil individueller Experten nach einer Langzeit-Studie in den USA zu 65 Prozent richtig ist, sind die Angaben des Saaljokers zu 91 Prozent richtig. Darauf hat sich auch Oliver Pocher verlassen und bei der Promiausgabe von „Wer wird Millionär“ die entscheidende Millionen-Frage mit Hilfe des Publikums-Jokers richtig beantwortet.

Nun könnte man sagen, dass die Schätzung des Gewichts eines Ochsen oder die Auswahl der richtigen Antwort aus vier Antwortvorgaben relativ einfache Angelegenheiten sind, die meisten gesellschaftlichen Probleme aber wesentlich komplexerer Natur sind. Es handle sich um ein Kognitionsproblem, während wir es in der Gesellschaft

meistens mit Koordinationsproblemen zu tun haben. Dass auch für solche komplexen Koordinationsprobleme die Gruppenintelligenz besser abschneidet als die Einzelintelligenz belegt James Surowiecki in seinem Buch „Die Weisheit der Vielen“ mit vielen Beispielen. Eines davon betrifft die Challenger-Katastrophe im Januar 1986. Als die Trägerrakete der Raumfähre 74 Sekunden nach dem Start explodierte, reagierte die Börse sofort: Die Aktienkurse der am Challenger-Projekt beteiligten Firmen gingen in den Keller, weil jeder versuchte, diese Aktien abzustoßen. Während sich der Aktienkurs der anderen Unternehmen wieder erholte, blieb der Kurs der Morton-Thiokol-Aktie dauerhaft auf einem Tiefstand. Das heißt: Der Markt hatte dieses Unternehmen zum Sündenbock für die Challenger-Katastrophe gemacht. Das abgestrafte Unternehmen war für die Produktion der Dichtungsringe zuständig, die porös geworden waren und so zum Austritt des Treibstoffes geführt hatten, der dann die Explosion verursachte. Nur: Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchungskommission erst nach vielen Monaten. Die Börse hatte aber bereits nach einer halben Stunde das richtige Ergebnis getippt und daran festgehalten. Offensichtlich hatte die Mischung aus Laien- und Expertenurteilen unter den Börsianern eine sehr realistische Entscheidung gefunden.

Alle genannten Beispiele widerlegen das „Viele Köche-Argument“. Offensichtlich ist es genau umgekehrt: Kollektive Entscheidungen werden umso besser, je individueller die einzelnen Entscheidungsträger entscheiden und je weniger sie sich an anderen oder sogenannten Gurus orientieren. Die kollektive Summe der individuellen Intelligenz ist um so größer, je höher die Intelligenz einer jeden einzelnen Entscheidung ist – also je unabhängiger sie ist. Das gilt für Börsenkurse und das internationale Finanzgeschäft ebenso wie für öffentliche Meinungen. Sich der Massenmeinung anzuschließen führt zu Börsencrashes, zur Lynchjustiz oder zur kollektiven Diskriminierung.

Man könnte also festhalten: Die Qualität kollektiver Entscheidungen wird bestimmt durch die Individualität der Einzelentscheidung. Erst die Mischung aus Laien und Experten, nachdenklichen und spontanen Entscheidungen garantiert für die Qualität der Kollektiventscheidung. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Abhängigkeit von Experten Entscheidungsqualitäten reduzieren: Das zeigt beispielsweise die Entscheidung für den Irak-Krieg, die von wenigen Experten herbeigeführt wurde. Aber auch die Börsen-Kräche, die daraus resultieren, dass alle ihre Entscheidung davon abhängig machen, was sie denken, was andere tun werden. Die Begrenzung der Perspektiven hat also die Tendenz, zu schlechten Entscheidungen zu führen. Perspektiven- und Partizipationsbeschränkung ist nicht nur undemokratisch, sondern auch dumm.

Die Sozialphilosophin Hanna Arendt hat unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten mit ganz ähnlichen Argumenten für Perspektivenvielfalt und Partizipation plädiert. So heißt es in ihrem Buch „Vita Activa oder vom tätigen Leben“: „Die Wirklichkeit des öffentlichen Raums

erwächst aus der gleichzeitigen Anwesenheit zahlloser Aspekte und Perspektiven, in denen ein Gemeinsames sich präsentiert und für die es keinen gemeinsamen Maßstab und keinen Generalnenner je geben kann. ... Nur wo Dinge (...) von vielen in einer Vielfalt von Perspektiven erblickt werden (...) kann weltliche Wirklichkeit eigentlich und zuverlässig in Erscheinung treten. (...) Eine gemeinsame Welt verschwindet, wenn sie nur noch unter einem Aspekt gesehene wird; sie existiert überhaupt nur in der Vielfalt der Perspektiven“ [Vita activa S. 71 ff.].

Der Konformismus der Massengesellschaft ist unter dieser Perspektive für Hanna Arendt genauso abzulehnen wie der Zwangskonformismus in totalitären Gesellschaften: In beiden Fällen geht die gemeinsame Welt in Stücke. Im Falle des Totalitarismus werden die einzelnen so sehr voneinander durch Gewaltandrohung getrennt, dass jeder in seiner Subjektivität eingesperrt bleibt. Im Falle des Konformismus einer Massengesellschaft bricht der Austausch der Perspektiven durch deren Homogenisierung im Rahmen einer „Massenhysterie“ zusammen.

II. DAS INTERNET – ZWISCHEN EDEMOKRATIE UND MOB 2.0

Zwar gehen die technischen Wurzeln des Internet auf militärische Projekte zurück, aber schon recht früh wurde es mit der politischen Idee der Partizipation in Verbindung gebracht. Al Gore, heute bekannt als Umweltaktivist und Oskar-Preisträger für seinen Dokumentarfilm über die Klimakatastrophe, hat in seiner Funktion als Vizepräsident der USA sehr früh die demokratischen Potenziale des Internet hervorgehoben. In einer Rede aus dem Jahre 1994 bezeichnete er das Internet als die Metapher für Demokratie schlechthin, da diese technische Infrastruktur die Beteiligung von Vielen an der demokratischen Entscheidungsfindung möglich mache. Jeder Link, den wir setzen, - so Gore - stärke die Verbindung von Freiheit und Demokratie weltweit. Er sieht ein - wie er es nennt - neues Athenisches Zeitalter aus den Foren des Internet entstehen – also die Wiederbelebung der griechischen Agora mit ihrer direkten Form der Demokratie. Wie sich im alten Athen die Bürger auf dem Marktplatz zur politischen Entscheidungsfindung trafen, so sollen wir mit Hilfe des Internet politische Entscheidungen basisdemokratisch auf virtuellen Marktplätzen fällen.

Dieser Optimismus von Al Gore ist nicht unwidersprochen geblieben. Nicht nur, weil sich die Marktplätze des Internet bislang hauptsächlich als ökonomische und weniger als politische Märkte erwiesen haben. Ulrich Beck, der Soziologe der Risikogesellschaft, sieht im Internet weniger partizipatorische als separatistische Aktivitäten: „Alle bauen ihr eigenes Schneckenhaus-Leben – in der Hoffnung, der Taifun der Globalisierung möge sie verschonen und nur die Grundlagen und Gewissheiten, auf denen der Nachbar sein Haus errichtet hat, durch die Luft wirbeln“ .

Ein anderer Skeptiker ist Jürgen Habermas, den man mit Fug und Recht als den wichtigsten Theoretiker einer partizipatorischen und deliberativen Demokratie bezeichnen kann. Habermas räumt zwar ein, dass das Internet „zu einer ungeahnten Ausweitung der Medienöffentlichkeit und zu einer beispiellosen Verdichtung der Kommunikationsnetze geführt“ habe. Die Kehrseite dieser Ausweitung ist allerdings eine Fragmentierung der öffentlichen Kommunikation, die man als Zerfall der Öffentlichkeit verstehen muss: Wenn alle über alles Mögliche an allen möglichen Orten auf allen möglichen Kanälen debattieren können, fehlt der gemeinsame Bezugspunkt – also das, was eine Gesellschaft in ihrem Innersten zusammenhält. Und so stellt Habermas fest: „Der begrüßenswerte Zuwachs an Egalitarismus, den uns das Internet beschert, wird mit der Dezentrierung der Zugänge zu unredigierten Beiträgen bezahlt. In diesem Medium verlieren die Beiträge von Intellektuellen - und Journalisten, könnte man ergänzen - die Kraft, einen Fokus zu bilden“.

Offensichtlich ist die Frage, ob das Internet zur Partizipation und zur Demokratisierung beiträgt oder diese gar fördert, nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Neuen Schub hat diese Debatte durch einen strukturellen Wandel des Internet bekommen, den man mit dem Begriff „Web 2.0“ etikettiert hat. Tim O’Riley, dem die Erfindung des Ausdrucks Web 2.0 nachgesagt wird, definiert das Phänomen folgendermaßen:

„Web 2.0 ist ein Name, den wir einem tief sitzenden, langfristigen Trend anhängen: Alles wird miteinander verknüpft. Das Internet wird zu einem Kleber, der alles verbindet, was wir anfassen“.

Die Medienmanagerin und ehemalige Deutschlandchefin von MTV sieht im Web 2.0 „die neue Blütezeit des Internets“, die ein „neues gesellschaftliches System“ entstehen lässt [Süddeutsche Zeitung 19.10.2006:17]. Als Prototypen für Web 2.0-Phänomene und das so genannte Mitmach-Internet gelten die Weblogs, die bereits eigene Teilöffentlichkeiten konstituieren – Blogosphere genannt -, die Wikis als kollektive Enzyklopädien, kollaborative Klassifikations- und Verschlagwortungssysteme wie beispielsweise „deli.cio.us“, die man als öffentliche und kommentierte Bookmarksammlungen sehen kann, Networking-Plattformen wie StudiVZ oder MySpace, aber auch Tausch- und Auktionsplattformen wie eBay, Flickr oder YouTube, auf denen Konsumgüter, Fotos, Audiobeiträge (Podcast) oder Videos getauscht werden.

Mit der rasch dichter werdenden Vernetzung, wie sie sich am Beispiel der genannten Angebote abzeichnet, ist die Annahme verbunden, dass sie ganz grundsätzlich zu einer Verbesserung der Kommunikationsqualität beiträgt. Von der „Weisheit der Masse“ oder der „Schwarmintelligenz“ ist die Rede, die sich u.a. in den kollektiv hergestellten Produkten zeigen soll, wie beispielsweise in der Online-Enzyklopädie Wikipedia oder in den Online-Nachrichtensammlungen, die von Nutzern nicht nur zusammengestellt, sondern auch durch ein Ranking der Beiträge hierarchisiert werden. Auch Online-Zeitungen, die von ihren Nutzern selbst produziert werden,

wie OhmyNews in Korea oder die Reader-Edition der Netzeitung in Deutschland gelten als Beispiele für diese „Intelligenz der Massen“. Die „Macht über die Massen“, wie es für die klassische 1.0-Mediengesellschaft üblich ist, wird im Web 2.0 zur „Macht der Massen“, die sogar eine „heimliche Medienrevolution“ [Möller 2005] auslösen soll und jeden Konsumenten prinzipiell auch zum Produzenten macht.

Entscheidend ist der Gedanke, dass das Web 2.0 Plattformen schafft, auf denen Menschen unabhängig davon, wo sie leben, kooperieren können: Sie legen gemeinsame Linksammlungen an, die alle nutzen können, laden Fotos und Filme hoch, die entsprechend kategorisiert sind, verschlagworten gemeinsam das Informationsangebot eines Medienunternehmens (Folksonomy genannt), entwickeln gemeinsam das Drehbuch für einen Film oder montieren hoch geladene Filmsequenzen zu neuen Filmen zusammen, sie recherchieren gemeinsam ein komplexes Thema und schreiben einen entsprechenden Beitrag, sie schaffen gemeinsam ein Wörterbuch – beispielsweise Wikipedia, und sie sorgen durch eine Bewertung von Anbietern und Verkäufern, dass wir auch in anonymen Internetmärkten wissen, bei wem wir vertrauensvoll bestellen können und welches die schwarzen Schafe sind.

So unterschiedlich diese Formen der Kollaboration sein mögen, sie haben einige Gemeinsamkeiten, die eng mit den Besonderheiten des Internets selbst, aber auch den Besonderheiten von virtuellen Gruppen zusammenhängen:

1) Mitglieder in virtuellen Gruppen können nicht nur reagieren, sondern auch agieren. Sie kommunizieren von sich aus und sind nicht in der Rolle des passiven Konsumenten. Man spricht deshalb auch vom Mitmach-Internet.

2) Die Zugangsschwelle zu diesen Kollaborationsformen ist niedrig: Es kostet keinen Beitritt, man muss nicht auf Versammlungen oder Sitzungen seine Zeit absitzen, sondern regelt den Beitritt mit wenigen Mausclicks. Man kann sich aber genauso schnell wieder abmelden, wie man sich angemeldet hat.

3) Dementsprechend gering sind dann auch die Verbindlichkeiten die man eingeht: Die Mühen der Rekrutierung von Mitgliedern – beispielsweise in Bürgerinitiativen – wird ja auch mit einer konstanten Mitarbeit und hoher Verbindlichkeit entschädigt. Online-Gemeinschaften zeichnen sich dagegen durch hohe Fluktuation aus.

4) Online-Gemeinschaften und virtuelle Kollaborationsformen sind hoch dynamisch. Es kann in kurzer Zeit ein enorm hoher kommunikativer Druck entfaltet werden (Beispiel Blogosphere).

Wie effektiv diese Potenziale zur Entstehung spontaner Öffentlichkeiten zusammenwirken können, lässt sich an einer ganzen Reihe von Einzelfällen studieren, wenn eine

Informations-Kaskade in der Blogosphere Politiker zum Rücktritt oder Medienunternehmen zu Entschuldigungen zwingt. Auch die Tatsache, dass durch die Online-Option die Einreichung und Unterstützung von Petitionen an den deutschen Bundestag enorme Ausmaße erlangt hat, ist ein Beleg, dass eDemokratie funktionieren kann [vgl. Süddeutschen Zeitung 15.10.08:1].

Allerdings gibt es auch gegenteilige Befunde: In vielen Bereichen ist das Internet nicht ein Netzwerk virtueller Kontakte und Kommunikation, sondern, wie es die New York Times ausgedrückt hat, ein „Tsunami der Selbstdarstellungen“. Eine ganze Reihe von Studien zur sogenannten Blogosphere kommt zu dem Schluss, dass die gegenseitige Bezugnahme – die Verlinkung – eher die Ausnahme als die Regel ist, und dass die Blogger selbst über kein oder ein sehr schwaches Netzwerk-Bewusstsein verfügen. Außerdem hat sich auch in dieser scheinbar demokratisch-virtuellen Welt eine klare Zweiklassen-Gesellschaft etabliert: Den ganz wenigen hoch vernetzten Knoten stehen sehr viele kaum oder nur schwach vernetzte gegenüber. Dafür sorgt das so genannte „Gesetz des präferierten Anschlusses“ – auch Matthäus-Prinzip genannt: Wer bereits über viele Verbindungen zu anderen verfügt, ist ein attraktiverer Partner, als derjenige, der isoliert ist. Wer hat, dem wird gegeben.

Vor allem die Anonymität und Folgenlosigkeit der Internetkommunikation hat auch zu Partizipationsformen geführt, die man eher als kollektives Mobbing bezeichnen würde. Dazu gehören nicht nur die Kampagnen gegen Lehrer und Professoren auf den diversen Plattformen für Studierende und Schüler wie meinProf.de oder spickmich.de, sondern auch Angebote wie das Portal RottenNeighbor.com. Auf dieser Plattform kann man inzwischen weltweit seine Nachbarn per Text, Foto und Video anschwärzen und deren Haus dann im Stadtplan von Google-Map rot markieren – als Warnung für alle, die in der Gegend wohnen oder dorthin umziehen wollen. Nachdem auf dem US-amerikanischen Portal bereits auch mehrere deutsche Städte zu finden sind, hat die nordrhein-westfälische Landesanstalt für Medien (LfM) Google Deutschland bereits aufgefordert, die „denunziatorischen Möglichkeiten des Portals zu beseitigen“ [derWesten.de, 22.08.08].

Wenn das Web 2.0 für kommunale Partizipation eingesetzt werden soll, so ist diese ganze Bandbreite von Nutzungsmöglichkeiten von Cybermobbing, Gegenöffentlichkeiten, Partizipation und Kollaboration in Betracht zu ziehen. Denn einen technologischen Determinismus gibt es auch im Falle des Internet nicht: es ist per se weder demokratisch noch undemokratisch, sondern kann – wie ein Werkzeug – in ganz unterschiedlicher Weise eingesetzt werden. Die im folgenden Abschnitt dargestellten Beispiele sollen dementsprechend einige partizipatorischen Nutzungsmöglichkeiten des Internet im kommunalen Rahmen zeigen und dabei auch verdeutlichen, mit welchen Vorkehrungen Qualitätssicherung für Online-Partizipation betrieben werden kann.

III. KOMMUNALE PARTIZIPATION IM MITMACH-WEB 2.0

Beispiel 1: Moderierter Ideenwettbewerb in der Stadtplanung

Der Abriss alter Gebäude, das Hochziehen von Einkaufszentren, die Ausweisung von Fußgängerzonen und Umgehungsstraßen oder der Zustand des Radwegenetzes – all das sind lokale Themenfelder mit hohem Engagement-Potenzial von Seiten der Bürger. Mit Hilfe des Internet kann man dieses Potenzial auf verschiedene Weise nutzen. Die traditionelle Nutzungsweise aus den Zeiten des Web 1.0 besteht darin, das Internet als Informationskanal zum Informationssammeln bei den Bürgern zu nutzen: Man stellt einen Fragebogen auf die städtische Homepage und hofft auf möglichst starken Rücklauf. Die Stadt Trier hat auf diese Weise versucht, die Meinungen der Bürger zum Ausbau des Radwegenetzes einzuholen nach einem Muster, das alle aus dem Schulunterricht kennen: Die Verwaltung fragt, Bürger antworten. „Die Gutachter sind bei der Erarbeitung des Radverkehrskonzeptes auf Ihre Hilfe angewiesen, da Sie die Probleme vor Ort aufgrund ihrer Erfahrungen mit den Rad am besten kennen.“ Wohl wahr, und vielleicht kennen die Angesprochenen auch Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem. Die Einweg-Kommunikation, die hier eröffnet wird, und ihre Kanalisierung in einem Fragebogen verhindert gerade das, was im Sinne der Weisheit der Vielen zu kreativen Lösungen führen könnte: Der Austausch von Argumenten zwischen verschiedenen Interessensgruppen wie Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer sowie die Einbettung des Radwegproblems in einen umfassenderen Kontext, zu dem auch der Einzelhandel oder die Anwohner gehören könnten. Der Fragebogen mit seiner fehlenden Rückmeldung an die Antwortenden beschränkt die Lösungsmöglichkeiten auf die Antwortvorgaben und verkörpert dementsprechend in klassischer Weise das Web 1.0, in dem Vernetzungspotenziale nicht vorhanden waren. Stadtplanung im Zeitalter von Web 2.0 sieht allerdings anders aus und setzt auf Interaktivität und Transparenz, wie es das Beispiel Hamburg zeigt. Über die Elbe soll eine sogenannte „Living Bridge“ gebaut werden, auf der, nach dem berühmten Vorbild der Ponte Vecchio in Florenz Wohnungen, Geschäfte und öffentliche Plätze kombiniert sein sollten. Für die öffentliche Diskussion dieses Bauwerkes richtete die Stadt Hamburg eine Plattform mit mehreren, thematisch strukturierten Foren ein, auf denen jeder Diskussionsbeiträge hinterlassen konnte. Die Diskussionsbeiträge wurden von den Moderatoren in einem Wiki strukturiert aufbereitet, so dass Gang und Ergebnisse der Debatte jederzeit nachvollziehbar waren.

„In den Unterforen haben wir für Sie Diskussionsergebnisse als so genannte Wikis bereitgestellt (rechte Spalte). Diese Ergebnisse fassen einzelne Aspekte der Diskussion zusammen. Das Besondere an Wikis ist, dass Sie den Text ergänzen, verbessern und überarbeiten können.“

Neben der asynchronen Foren-Diskussion wurden auch

synchrone Online-Diskussionen (Chats) mit Vertretern der Planungsbehörde angeboten. Zusätzlich dazu gab es ein Online-Informationsangebot mit Planungsunterlagen der Architekten, einen Pool mit Visualisierungen der Living Bridge und Hintergrundinformationen von Seiten der Stadt. Die Online-Kommunikation wurde begleitet durch zwölf öffentliche Offline-Diskussionsveranstaltungen. Nach vier Wochen hatten sich 500 Benutzer online registriert und rund 1.600 Beiträge in den Foren hinterlassen, wobei die Meinungen geteilt blieben. Für die Brücke sprachen sich ungefähr ebenso viele Diskutanten aus wie dagegen. Der Hamburger Senator Axel Gedaschko wurde für dieses Partizipationsprojekt mit dem ePolitician-Award des Internationalen Exzellenzzentrums für lokale E-Demokratie (ICELE) der britischen Regierung ausgezeichnet, da er, so die Begründung, sich persönlich für den Bürgerdialog stark gemacht, selbst an mehreren Chats teilgenommen und die Ergebnisse detailliert habe auswerten lassen.

Aus dem Hamburger Partizipationsmodell zur Stadtplanung lassen sich verschiedene Erfolgskriterien für derartige Projekte ableiten:

Statt der Einweg-Kommunikation wird eine Netzwerk-Kommunikation geführt, in der sich alle mit allen austauschen können. Die Moderation der Diskussion durch Strukturierung der Beiträge und deren Aufbereitung in verschiedenen Wikis sorgt für Transparenz und Nachhaltigkeit der Debatte. Die Verbindung von synchronen (Chats) und asynchronen Formen (Foren und Wikis) garantiert eine webspezifische Kommunikationsdynamik, in der zwischen Spontanäußerungen und reflektierten Beiträgen abgewechselt werden kann. Nicht zuletzt sorgt die Parallelität von Online- und Offline-Diskussionen dafür, dass auch nicht-internet-affine Personengruppen erreicht und eventuell für den Online-Diskurs gewonnen werden können.

Beispiel 2: Bürgerhaushalte

Ein sogenannter Bürger- oder Beteiligungshaushalt, dessen Posten von den Bürgern mit bestimmten kommunalen Vorgaben festgelegt werden kann, wurde im Zusammenhang der Agenda 21 erstmals 1989 in Porto Alegre aufgestellt (Orçamento participativo). Das Internet bietet nun mit den Web 2.0-Werkzeugen eine Möglichkeit, mit überschaubarem Aufwand die Bürgern online an der Haushaltsplanung zu beteiligen. Sie können in einem interaktiven Online-Angebot die Ausgaben für einzelne Haushaltsposten verschieben, wobei die Gesamtsumme des Etats fest steht. In rund 20 Kommunen der Bundesrepublik werden bereits solche Beteiligungshaushalte praktiziert [vgl. <http://www.buergerhaushalt.org>]. Skeptiker befürchten, dass in einem solchen Projekt Bürger ausschließlich ihre Partikularinteressen verfolgen, übermäßige Forderungen an die Kommune stellen und nicht zu Sparmaßnahmen bereit seien. Ein ausgewogener Haushalt, der Handlungsfähigkeit sicherstelle, wäre dadurch nicht realisierbar. Blickt man auf die bislang durchgeführten Bürgerhaushalte, so haben sich

diese Befürchtungen nicht bestätigen lassen: Obwohl in Hamburg eine Abweichung um 50 Prozent vom Etat einzelner Haushaltsposten möglich war, in Freiburg der Etat einzelner Haushaltsposten sogar um hundert Prozent vergrößert oder verkleinert werden konnten, blieben die Haushalte eher ausgeglichen mit Maximalabweichung von 79 Prozent der vorgegebenen Summe in Hamburg bzw. 76 Prozent in Freiburg. Insgesamt wurde von den Bürgern eher gespart, als dass Etats überzogen wurden. 2.870 Hamburger beteiligten sich, erstellten rund 2.100 individuelle Teilhaushalte und lieferten rund 1.200 Meinungsbeiträge in den Foren ab. Höhere Ausgaben als veranschlagt wurden von den Hamburger Bürgern für Erziehung und Ausbildung vorgeschlagen, nämlich für Kindertagesbetreuung, Schulen und Universitäten, was auf eine starke Beteiligung von Eltern schließen lässt.

Entscheidend für den Erfolg eines Online-Beteiligungshaushaltes ist die digitale Realisierung, die ein hohes Maß an Nutzerfreundlichkeit aufweisen muss. So konnte beim Hamburger Bürgerhaushalt durch eine einfache Schieberregelung die Etatsumme einzelner Haushaltsposten verändert werden, wobei zugleich die Gesamtsumme als fixe Größe limitierend wirkte. Was in einem Haushaltsposten hinzugefügt wurde, musste an anderer Stelle eingespart werden.

Wie im Falle von Großprojekten der Stadtentwicklung ist auch die Qualität der Bürgerhaushalte entscheidend von der Information abhängig, die den Bürgern verfügbar gemacht wird. Die Stadt Hamburg hat das durch ein transparent strukturiertes Online-Angebot eingelöst, in dem einzelne Haushaltsbereiche mit Zielsetzungen und Zahlen dargestellt waren, Hintergrundinformationen zu den Teilhaushalten angeboten wurden und den weniger versierten Bürgern die Struktur des Haushaltes verständlich gemacht wurde.

Die Stadt Freiburg hat einen anderen Weg gewählt und über regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen über ein ganzes Jahr hinweg die Bürger in die Haushaltsentscheidung 2008/09 einbezogen. Dazu gehörte eine repräsentative Umfrage zu den Ausgabepreferenzen im Herbst 2007, ein Infobus, der ab dem 1. März 2007 an häufig frequentierten Plätzen der Stadt wie den Wochenmärkten über den Beteiligungshaushalt informierte, öffentlichen Informationsveranstaltungen und Stadtkonferenzen, auf denen der Zwischenstand diskutiert wurde sowie Runde Tische mit Vertretern der Institutionen, Vereine und Verbände. In der Online-Phase des Beteiligungshaushaltes konnte vier Wochen lang der Haushaltsentwurf manipuliert werden, wobei rund 1.300 Einzelhaushalte entstanden sind. Auch in Freiburg war das interaktive Online-Tool zur Haushaltsmanipulation durch reichhaltige Informationsangebote hinterlegt.

Unter dem Gesichtspunkt der Partizipation ist aber nicht nur das Ergebnis einer bürgerfreundlichen Mittelaufteilung relevant, sondern auch der Diskussions-Prozess, der dahin führt. Der folgende Ausschnitt aus dem Forum zum Freiburger Beteiligungshaushalt zeigt, wie kontrovers Entscheidungen sein können und leistet damit auch einen

Beitrag zum besseren Verständnis der Entscheidungsfindung überhaupt: Ein Bürger, der in seinem Haushaltentwurf den Kulturerat verdoppelt hat, begründet das folgendermaßen:

„In der heutigen Zeit bestimmen immer mehr die ‚Neuen Medien‘ das Freizeitverhalten. Oft bilden einfache und sinnlose Inhalte das tägliche Unterhaltungsprogramm. Das Theater muss diesem Trend entgegenwirken. Es muss noch einen Ort geben, an dem der Zuschauer mit Niveau unterhalten und gleichzeitig zum Nachdenken aufgefordert wird. Ein Ort wo Kunst entsteht, die man noch direkt und live erfahren kann. Ein Ort, an dem man auch ohne Windows Mediaplayer etwas sehen und erleben kann.“

Ein anderer Bürger, der den Etat für das Theater um 20 Prozent gekürzt hat, gibt dafür folgenden Grund an:

„Das Theater ist nicht billig und prestigeträchtig. Durch Einsparungen hier konnte ich andere Kulturbereiche stärken. Der Wirkungsgrad des eingesetzten Geldes zur Kulturförderung ist so höher und beteiligt die Bürger mehr als das "schicke" Theater mit teurer Leitung.“

Ähnliche Diskussionen lassen sich auch auf der Plattform des Kölner Bürgerhaushaltes finden, auf der die Diskussion als Pro-und-Contra-Debatte strukturiert wird. Zu jedem kritischen Punkt – beispielsweise „die schlimmste Kreuzung der Stadt“ – können Verbesserungsvorschläge und von jedem Bürger ein Pro- oder Contra-Beitrag abgegeben werden. Allein schon die Lektüre dieser Beiträge ist erlebte Ethnografie eines städtischen Gemeinwesens.

Als eine bislang noch eher selten praktizierte Form der Bürgerbeteiligung kann auf die sogenannten Stadtwikis verwiesen werden: In Analogie zur Mitmach-Enzyklopädie Wikipedia können Bürger kollektiv ein Porträt ihrer Stadt, deren Besonderheiten, Geschichte, Institutionen, Stadtteile etc. erstellen. Das Stadtwiki von Karlsruhe ist mit rund 16.600 Artikeln einer der umfangreichsten digitalen Stadtführer in der Bundesrepublik [<http://ka.stadtwiki.net/Hauptseite>]. Die Stadtwikis sind auch global auf der Homepage „City-Wikis“ vernetzt

[<http://www.communitywiki.org/odd/CityWikiNodeWiki/FrontPage>].

IV. FAZIT: WWW.PARTIZIPATION.DE?

Wie das Internet die Ökonomie, die Bildung, die Wissenschaft und große Teile des Alltagslebens radikal verändert hat, so kann es auch den Bereich der Politik auf allen Ebenen beeinflussen. Auf kommunaler Ebene sind die Möglichkeiten des Internet bislang viel stärker in der Verwaltung und in der Bürgerinformation eingesetzt worden, nur selten für die Etablierung neuer Partizipationsmöglichkeiten. Diese Zurückhaltung steht im Gegensatz zur Attraktivität, die das Internet und vor allem die neuen Mitmach-Möglichkeiten des Web 2.0 für die Menschen inzwischen haben. Rund zwei Drittel der Deutschen nutzen derzeit das Internet, im Durchschnitt rund zwei Stunden am

Tag; jeder zweite schlägt bei Wikipedia nach, etwa ein Drittel hat Interesse, eigene Beiträge zu verfassen und bereits ein Viertel der Jugendlichen sind Web.2.0-Nutzer. Angesichts der Politik- und Politikerverdrossenheit sowie sinkender Bereitschaft zum kommunalen Engagement würde es sich lohnen, dieses Potenzial eines neuen, wenn auch virtuellen sozialen Engagements zu nutzen und auch auf kommunaler Ebene Partizipationsmöglichkeiten bereitzustellen. Wie die vorgestellten Beispiele der Bürgerhaushalte und der Beteiligung an Stadtentwicklungsprojekten, aber auch die Stadtwikis zeigen, treffen diese Angebote auf deutliche Resonanz.

Es mag durchaus sein, dass es auch auf kommunaler Ebene einen digital divide, einen digitalen Graben gibt zwischen denen, die das Internet nutzen können und denen, die noch ausgeschlossen sind. Allerdings gleichen sich die Unterschiede in der Internet-Nutzung hinsichtlich Geschlecht, Alter, Schulbildung und Einkommen derzeit zunehmend aus. Dennoch: Ohne parallele Anstrengung zur Verbesserung der Medienkompetenz können die digitalen Demokratie-Angebote zu neuen sozialen Benachteiligungen und Hierarchien führen. Auch die Gefahr des Missbrauchs und des versteckten Lobbyismus ist nicht von der Hand zu weisen. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass viele kommunale Web 2.0-Aktivitäten eine formelle Anmeldung verlangen – was den Missbrauch zwar nicht verhindert, aber die Messlatte der Ernsthaftigkeit doch etwas höher legt. Allerdings: Je ernsthafter das Anliegen, desto geringer die Gefahr des kommunikativen Missbrauchs. Wenn den meisten an einer kollektiven Lösung gelegen ist, wird die „Weisheit der Vielen“ auch für kommunikative Hygiene sorgen. Das beweist Wikipedia schon seit längerem.

Auch Experten werden nicht – wie von manchen befürchtet – überflüssig. Aber sie sind, was bisher viel zu selten berücksichtigt wurde, nur das eine Extrem auf dem Kontinuum der Meinungsvielfalt. Das andere Extrem sind die Amateure – also im wörtlichen Sinne die „Liebhaber“, die mit emotionalem Engagement für das entsprechende Thema die Distanziertheit und Betriebsblindheit der Experten kompensieren können. Die kollektive Summe der individuellen Intelligenz ist um so größer, je höher die Intelligenz einer jeden einzelnen Entscheidung ist – also je unabhängiger sie ist. Dies scheint eines der zentralen Ergebnisse neuerer Netzwerkforschung zu sein, auf das auch politische Entscheidungsprozesse setzen sollten. Man braucht dann Partizipation nicht immer mit dem ethisch-normativen Zeigefinger einzuklagen. Partizipation ist ganz einfach ein Zeichen von Klugheit.

V. QUELLEN

Arendt, Hanna 1999 (Orig. 1971): Vita activa oder vom tätigen Leben. München, Zürich.

Bucher, H.-J. 2004: Das Netzwerk-Medium: Wie das Internet die Kommunikation verändert. *Geographie und Schule* 147: 2-7.

Bucher, H.-J. 2007: Netzwerk-Kommunikationen im Internet: diskursiver Mehrwert oder kommunikatives Chaos? In: *OBST* 32: 9-33.

Möller, E. 2005: Die heimliche Medienrevolution. Wie Weblogs, Wikis und freie Software die Welt verändern. Hannover, Telepolis.

Surowiecki, James 2007: Die Weisheit der vielen. Warum Gruppen klüger sind als einzelne. München.